

Klaus Ziemer

Deutsch-polnische Beziehungen vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts

Polen und Deutschland sind heute nicht nur Nachbarn, sondern auch enge politische, wirtschaftliche und militärische Partner. Beide Staaten gehören der Nato an, in wenigen Jahren wird auch Polen Mitglied der Europäischen Union sein. Die politischen Eliten beider Länder verbinden enge, kontinuierliche Kontakte. Blickt man zurück auf das deutsch-polnische (polnische Version: polnisch-deutsche) Verhältnis der letzten 100 Jahre, erscheint die heutige Partnerschaft vor dem Hintergrund dramatischer Ereignisse, ja Katastrophen in den bilateralen Beziehungen vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast unglaublich. Derartige Wendepunkte markierten die Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit als Folge des Ersten Weltkriegs, die Zerschlagung dieses polnischen Staates und das barbarische Besatzungsregime des Nationalsozialismus in Polen, die grundlegende territoriale Neugestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg und seine Einbettung in den Ost-West-Konflikt sowie schließlich die Schaffung eines qualitativ völlig neuen bilateralen Verhältnisses auf der staatlichen Ebene seit 1989/90. Ich möchte im Folgenden einigen Ursachen der genannten Wendepunkte nachgehen und fragen, wie sich vor allem seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die wechselseitige Wahrnehmung von Deutschen und Polen gestaltet hat und was daraus für das heutige deutsch-polnische Verhältnis folgt.

Als Polen 1918 nach 123 Jahren seine staatliche Souveränität wiedererlangte, führte dies zu heftigen Konflikten zwischen Deutschland und der Zweiten Polnischen Republik. Im Vordergrund standen dabei die Grenzziehung sowie die Rechte der durch die neuen Grenzen auf beiden Seiten geschaffenen nationalen Minderheiten. Plebiszite, deren Grundlagen und Implementierung umstritten waren, erfolgreiche und fehlgeschlagene Aufstände von polnischer Seite ließen die Emotionen in beiden Gesellschaften hochschießen. Die Haltung gegenüber Polen war in der Weimarer Republik bei so gut wie allen politischen Kräften von Feindseligkeit geprägt. Das bekannte Schlagwort vom "Saisonstaat" machte deutlich, dass nicht nur die polnische Westgrenze, sondern sogar die Existenz des polnischen Staates in Frage gestellt wurde. Die Attacken auf das Nachbarland in der deutschen wie in der polnischen Presse unterstrichen den hohen Grad an Aversion beiderseits.

In einer historischen Perspektive, die weiter zurückgreift als nur einhundert Jahre, zeigt sich, dass ein solches deutsch-polnisches Verhältnis keineswegs die Regel war. Über Jahrhunderte hatten in einem breiten, vom Frischen Haff über Pommern und Großpolen bis nach Oberschlesien reichenden Gebiet Polen und Deutsche friedlich miteinander gelebt. Die deutsch-polnische Grenze zählte vom 15. bis zum 18. Jahrhundert zu den stabilsten in Europa. Erst mit dem Aufkommen des Nationalismus Ende des 18. Jahrhunderts wurde die nationale Zugehörigkeit ein für die Identität des Individuums bestimmendes Kriterium, das zunehmend zur Abgrenzung voneinander führte.

Im deutsch-polnischen Verhältnis wurde dies in spektakulärer Weise deutlich in der sogenannten "Polen-Debatte" der Frankfurter Paulskirchen-Versammlung 1848. Die Auseinandersetzung um das von Polen und Deutschen bewohnte Großherzogtum Posen wurde als grundsätzlicher Konflikt zwischen Deutschen und Polen wahrgenommen, in dem es keine Kompromissmöglichkeit gab, sondern nur ein "entweder" - "oder". Die Mehrheit der deutschen Liberalen folgte dem Abgeordneten Jordan, der sich auf das Recht des Stärkeren berief, von "gesundem Volksegoismus" sprach und die deutschen Eroberungen in Polen als "Naturnotwendigkeit" bezeichnete.

Dies war insofern überraschend, als nach dem Scheitern des polnischen November-Aufstands von 1830 eine Welle der Polen-Begeisterung Deutschland erfasst hatte und die deutschen Liberalen die Wiederherstellung des polnischen Staates und die Schaffung eines demokratischen und geeinten Deutschland als zwei Seiten derselben Medaille betrachteten. Die "Polen-Debatte" der Paulskirchen-Versammlung stellte dagegen den Beginn eines gut ein Jahrhundert währenden deutsch-polnischen Antagonismus dar, der sich auch in einem ausgesprochen negativen Stereotyp der jeweils anderen Seite niederschlug. So wurde in Deutschland der Ausdruck "polnische Wirtschaft" zu einem politischen Kampfbegriff funktionalisiert, mit dem die Polen als Volk abgewertet und als mit den Deutschen nicht ebenbürtig charakterisiert werden sollten. In der Trivialliteratur und vielgelesenen Romanen wie Gustav Freytags "Soll und Haben" wurde ein grundsätzlich negatives Bild des polnischen Charakters gezeichnet, das im Unterbewusstsein transportiert wurde und vielleicht gerade deswegen besonders nachwirkte. Nach der Reichs-gründung 1871 wurden die Polen als eine latente Gefahr für die Einheit des Reichs wahrgenommen.

Die Polen dagegen sahen in Preußen und Deutschland nicht nur eine Teilungsmacht, die sie schon als solche ablehnen mussten. Die seit Ende des 19. Jahrhunderts geführte Germanisierungspolitik bedrohte ihre kulturelle und materielle Existenz. Andererseits bot der Rechtsstaat, den Deutschland auch verkörperte, den Polen Möglichkeiten der Entfaltung insbesondere im Bereich von Bildung und Wirtschaft.

Die nach heftigen, auch bewaffneten Auseinandersetzungen errichtete polnische Westgrenze der Zwischenkriegszeit befriedigte keineswegs die polnischen Forderungen, andererseits riefen auf deutscher Seite Gebietsabtretungen und Schlagworte wie Korridor oder deutsche Minderheit heftige Animositäten gegen Polen hervor, die auch in der Öffentlichkeit ihren Ausdruck fanden. Die Nationalsozialisten hielten sich nach dem Abschluss des Nichtangriffspakts mit Polen von 1934 in den ersten Jahren ihrer Herrschaft aus taktischen Gründen mit antipolnischer Propaganda relativ zurück. Das bei Bedarf zu funktionalisierende Feindbild war jedoch vorhanden.

Mit der militärischen Aggression des nationalsozialistischen Deutschlands gegen Polen wurden 1939 auch die früher aufgebauten Feindbilder und Stereotype aktualisiert, mit denen das brutalste und denkbar inhumanste Vorgehen gegen das polnische Volk gerechtfertigt werden sollte. Die deutsche Besatzungspolitik in Polen - der Holocaust an den Juden, der mit der gezielten Vernichtung der polnischen Intelligenz intendierte kulturelle Genozid an den Polen, der Terror gegenüber der gesamten Bevölkerung, darunter die Verschleppung von Millionen Menschen zur Zwangsarbeit im Reich - all das hat das Bewusstsein der polnischen Gesellschaft und ihr Bild von Deutschland und den Deutschen nachhaltig geprägt. Dieses Bild wurde nun auch von polnischen Historikern auf den gesamten Zeitraum der deutsch-polnischen Beziehungen übertragen, und so stellten sich diese - um den Titel des bekannten Buches von Zygmunt Wojciechowski zu zitieren - als "1000 Jahre währendes Ringen" dar. Die deutsche Polenpolitik wurde als permanenter "Drang nach Osten" charakterisiert und eine Kontinuitätslinie von dem für die erste Teilung Polens mit verantwortlichen Friedrich dem Großen über die Germanisierungspolitik Bismarcks bis zu Hitler gezogen.

Die polnischen Kommunisten, die sich ihrer geringen Unterstützung in der polnischen Gesellschaft nur zu bewusst waren, instrumentalisierten ganz bewusst die Erinnerung an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, aber auch die Infragestellung der neuen polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik, um ihre eigene Herrschaft zu legitimieren. Angesichts der allgegenwärtigen Erinnerung an die NS-Schreckensherrschaft trafen solche Versuche, die eigene Macht durch das Beschwören der "deutschen Gefahr" zu konsolidieren, in den ersten Jahren nach Kriegsende durchaus auf eine gewisse Resonanz.

In Deutschland war Polen im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit in den ersten 20 Jahren nach Kriegsende kaum präsent, sieht man ab von der großen Gruppe derer, die ihre

nun in Polen gelegene Heimat zwangsweise verlassen hatte bzw. nicht mehr dorthin zurückkehren konnte. Liest man heute nicht nur politische Erklärungen, sondern auch wissenschaftliche und publizistische deutsche Veröffentlichungen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis weit in die fünfziger Jahre hinein, so kann man ein gewisses Erstaunen nicht verbergen. Sofern Polen überhaupt thematisiert wurde, ging es nicht um deutsche Verbrechen während der Besatzungszeit, die so gut wie nie erwähnt werden, sondern nur um die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogene Grenze und die Vertreibung der Deutschen aus ihrer östlich von Oder und Neiße gelegenen Heimat. Das in Wissenschaft und Publizistik dominierende Polenbild wurde bestimmt von Personen, die meist von Geburt an mit Polen verbunden und größtenteils in Polen aufgewachsen waren. Die in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs geförderte "Ostforschung", die die deutschen territorialen Ansprüche auf im 1918 wiedererstandenen Polen liegende Gebiete "wissenschaftlich" untermauern sollte, erlebte in der Bundesrepublik zunächst eine Renaissance, diesmal mit dem politischen Ziel einer Revision der in Potsdam beschlossenen deutschen Ostgrenze. Freilich gab es auch in Polen ein Pendant in Gestalt des sogenannten "Polnischen Westdenkens", dessen teilweise Vertreter schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine Verschiebung der polni-schen Westgrenze zu Lasten Deutschlands gefordert hatten und nun die Zugehörigkeit der neuen polnischen West- und Nordgebiete mit bisweilen fragwürdigen historischen Argumenten zu legitimieren versuchten.

Erste, in der eigenen Gesellschaft jeweils heftige Diskussionen auslösende Versuche, die festgefahrenen gegenseitigen Wahrnehmungsmuster zu durchbrechen, unternahm Mitte der sechziger Jahre Vertreter der Kirchen. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland warb 1965 um Verständnis sowohl für die Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen als auch der polnischen Bevölkerung der früher deutschen Gebiete, deren in diesen Gebieten geborene Kinder diese ebenfalls als ihre Heimat betrachteten. Diese Denkschrift bewirkte erstmals eine grundlegende Debatte über das deutsch-polnische Verhältnis in der Bundesrepublik und half mit, auf der gesellschaftlichen Ebene die ab 1969 verwirklichte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vorzubereiten. Auch die vor allem Anfang der sechziger Jahre geführten Kriegsverbrecherprozesse in der Bundesrepublik mit den Auschwitzprozessen als Höhepunkt ließen für Teile der deutschen Öffentlichkeit das Verhältnis zu Polen in einem neuen Licht erscheinen.

Von langfristig besonderer Bedeutung war der Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe gegen Ende des Vatikanischen Konzils 1965. Dieser Brief enthielt nicht nur die berühmten Worte "Wir vergeben und wir bitten um Vergebung". Er zeichnete auch ein vom Diskurs der Partei völlig abweichendes Bild von tausend Jahren deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte, rief in Polen heftige Diskussionen über die jahrelang kaum thematisierten deutsch-polnischen Beziehungen hervor und löste vor allem bei Intellektuellen einen Prozess des Umdenkens gegenüber Deutschland aus. Dadurch intensivierten sich auf der Ebene der gesellschaftlichen Kontakte zwischen kleinen, aber strategisch wichtigen, vorwiegend christlich geprägten Gruppen, die sich ab Mitte der sechziger Jahre trafen. Auf polnischer Seite waren dies überwiegend Intellektuelle aus den Klubs der Katholischen Intelligenz, unter anderen Stanisław Stomma, Tadeusz Mazowiecki und Władysław Bartoszewski, auf deutscher Seite vorwiegend Vertreter der "Aktion Sühnezeichen" und von Pax Christi. Im Kontakt mit authentischen Vertretern des polnischen intellektuellen Lebens wurde engagierten Deutschen bewusst, welche traumatische Erfahrung für das polnische Volk der Zweite Weltkrieg darstellte. Die Polen dagegen erfuhren, daß es einen zwar nicht sehr großen, aber in moralischer Hinsicht wichtigen Widerstand gegen Hitler gegeben hatte. Auch die 1972 berufene gemeinsame Schulbuchkommission deutscher und polnischer Historiker erwarb sich trotz vor allem in der An-fangszeit schwieriger Phasen große Verdienste um eine andere Sichtweise auf das jeweilige Nachbarland.

Während das Interesse an Polen in der Bundesrepublik im Allgemeinen gering war, löste das Entstehen der Solidarność 1980 eine Welle der Sympathie für Polen aus, die nur mit der der 1830er Jahre vergleichbar war. Sie fand ihren Ausdruck in der "von unten" organisierten Paketaktion und Hilfstransporten für ein den meisten Deutschen eher fernstehendes Land. In Polen war nicht nur die materielle Hilfe hoch willkommen. Fast mehr noch zählte nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen das Zeichen der Verbundenheit mit der in großen politischen Hoffnungen enttäuschten Bevölkerung. Die "gelben Pakete" sind bei vielen Polen noch heute in lebhafter Erinnerung und haben das ihre dazu beigetragen, das durch den Zweiten Weltkrieg geprägte Bild von den Deutschen allmählich zu verändern.

Ein beachtlicher Teil der heutigen deutschen Gesellschaft erhielt sein Polenbild in der DDR. Auch die dortige Bevölkerung teilte die im übrigen Deutschland geläufigen weitgehend negativen Stereotype von Polen und den Polen. Als die SED-Führung 1950 aus politischen Gründen die Oder-Neiße-Grenze förmlich anerkannte, unterblieb jede öffentliche Diskussion über diesen Schritt, und die Berechtigung der Oder-Neiße-Grenze wurde quasi tabuisiert. Die Bevölkerung der DDR, die sich zu einem überproportional großen Teil aus Personen zusammensetzte, die ihre Heimat unfreiwillig verlassen hatten, erhielt damit keine Möglichkeit zur "Trauerarbeit", zum bewussten Reflektieren über den Verlust der Heimat. Statt dessen wurde von oben "Freundschaft mit Polen" verordnet, der eine echte Verankerung in der Gesellschaft fehlte. Zudem unterblieb jede Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dieser wurde als Problem der Bundesrepublik, nicht aber der nach dem Selbstverständnis ihrer politischen Führung "antifaschistischen" DDR bezeichnet. Diese - wie Jürgen Danyel formuliert hat - "spezifische Schlussstrich-Mentalität" der DDR verhinderte eine intensivere Auseinandersetzung mit der Verstrickung auch der in der DDR lebenden Deutschen in den Nationalsozialismus und die NS-Polenpolitik vor 1945. Das Vertrauen der polnischen Seite in den mentalen Wandlungsprozess in der Gesellschaft der DDR wurde dadurch nicht eben gefördert.

Die Rückkehr Gomulka an die Macht 1956 und die damit verbundenen ideologischen Aufweichungen orthodoxkommunistischer Positionen riefen ihrerseits Vorbehalte der SED-Führung gegenüber den polnischen Genossen hervor. Die polnische Parteiführung wurde von nun an fast durchgängig bis zum Ende der Volksrepublik von der SED als "ideologisch unzuverlässig" eingeschätzt und mit großem Misstrauen beobachtet. Während die polnischen Kommunisten bei der Sicherung ihrer Herrschaft durchaus pragmatisch vorgehen und nationale Komponenten als Versatzstücke zur ideologischen Legitimierung ihrer Herrschaft einbauen konnten, waren der SED derartige Möglichkeiten versagt. Die Existenz eines zweiten deutschen Staates ließ sich letztlich nur mit dem politischen und sozioökonomischen Systemunterschied zur Bundesrepublik legitimieren. Jede Aufweichung dieses Systemunterschieds wurde als tendenzielle Bedrohung empfunden, nicht nur für die Herrschaft der SED, sondern letztlich auch für die Existenz der DDR. Daher reagierte die SED-Führung - aus ihrer Sicht durchaus verständlich - höchst sensibel auf jedes Zeichen ideologischer Abweichung in Polen.

Besonderen Alarm löste 1980 das Entstehen der "Solidarność" aus. Die DDR-Führung brach nicht nur abrupt den visafreien Reiseverkehr mit dem Nachbarland ab. Sie funktionalisierte auch ganz bewusst antipolnische Stereotype, um ein Überspringen der Demokratiebewegung von Polen auf die DDR zu verhindern. Dass eine derartige Politik nicht ohne Erfolg blieb, zeigte das Ausbleiben nennenswerter positiver Resonanz in der DDR auf das Entstehen einer freien Gewerkschaft in Polen. Für die sich Ende der achtziger Jahre in der DDR bildende Oppositionsbewegung bildete die "Solidarność" freilich ein großes, kaum erreichbares Vorbild.

Nach dem demokratischen Wandel in Polen und der Vereinigung Deutschlands hat in den neunziger Jahren ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen begonnen. Auf

der staatlichen Ebene gestalten sich die deutsch-polnischen Beziehungen so gut wie seit Jahrhunderten nicht. Mit dem einen Monat nach der deutschen Vereinigung im November 1990 geschlossenen Grenzvertrag wurde das wichtigste zwischenstaatliche Problem definitiv geregelt. Der am 17. Juni 1991 geschlossene Nachbarschaftsvertrag setzte den Rahmen für eine enge Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den Gesellschaften. Bereits 1990 sprachen die Außenminister Genscher und Skubiszewski von einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft. Polen möchte sich politisch, militärisch und wirtschaftlich möglichst eng in die westlichen Kooperationsstrukturen integrieren. Dies hat auch unmittelbare Konsequenzen für die deutsch-polnischen Beziehungen. Deutschland liegt nicht nur aus Gründen historischer Gerechtigkeit an einer Einbindung seines wichtigsten östlichen Nachbarn in das eigene Bündnissystem. Für die Sicherheitsarchitektur in Mittel- und Osteuropa spielt Polen eine zentrale Rolle als Stabilitätsanker. Seine gelungene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung seit 1989 stellt ein Vorbild für Polens östliche Nachbarn dar. Für Polen seinerseits bildet Deutschland einen besonders wichtigen Partner bei seiner Westintegration. Die Bundesrepublik hat sich im Nachbarschaftsvertrag sogar ausdrücklich für die politische und wirtschaftliche Heranführung Polens an die Europäische Gemeinschaft, die heutige Europäische Union, ausgesprochen.

Die politischen und zunehmend auch die wirtschaftlichen Eliten Deutschlands haben die Schlüsselrolle Polens in Ostmitteleuropa erkannt. Die Kontakte zwischen den Regierungschefs, zwischen Ministern und Abgeordneten beider Seiten haben weitgehend die Dichte der entsprechenden Beziehungen Deutschlands zu seinen westlichen Partnern erreicht. Zwischen den Streitkräften beider Seiten findet eine noch vor wenigen Jahren unvorstellbare Zusammenarbeit statt. Deutschland und Polen gelten heute als befreundete Staaten. Der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin hat Polen den deutschen Entscheidungsträgern auch geographisch näherrücken lassen. Mit der Wiedervereinigung wurde Deutschland der mit Abstand wichtigste Handelspartner Polens, der ein Drittel der polnischen Exporte aufnimmt und aus dem ein Viertel der polnischen Importe stammt.

Unterhalb der staatlichen und der mit dem deutsch-polnischen Handel verbundenen Ebene allerdings werden die bilateralen Beziehungen in der deutschen und auch Teilen der polnischen Gesellschaft deutlich anders wahrgenommen. Von etlichen Deutschen wird eine Erweiterung der EU um Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten nicht als Chance, sondern als Bedrohung wahrgenommen. Sie fürchten, dass sich beispielsweise die Organisierte Kriminalität in Deutschland ausweitet oder in unbegrenztem Umfang billige Arbeitskräfte einwandern und den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt weiter belasten. In Polen gibt es Befürchtungen vor den Folgen des EU-Beitritts für die polnische Landwirtschaft, von der Liberalisierung des Immobilienmarkts wird ein Ausverkauf von Grund und Boden an Ausländer, vor allem Deutsche, erwartet, etc.

Die hier angesprochenen Probleme besitzen zumindest teilweise einen sehr realen Hintergrund. Mit der Erweiterung der EU nach Osten sind auch Kosten verbunden, für die bisherige EU ebenso wie für die künftigen Mitglieder. Dies darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass mittel- und langfristig vom Erweiterungsprozess alle Beteiligten nachhaltigen Nutzen haben werden und dass dieser Nutzen die Anpassungskosten bei weitem überwiegt. Für Deutsche und Polen bedeutet die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO und die bevorstehende gemeinsame Mitgliedschaft in der EU die Chance, frei von grundlegenden aktuellen Antagonismen die wechselseitige Geschichte nicht als "tausendjähriges Ringen" wahrzunehmen, sondern als eine Nachbarschaft, die viel mehr Gemeinsames bereithält, als uns in den letzten 200 Jahren bewusst gewesen ist. Die Geschichtswissenschaft, die im 19. und 20. Jahrhundert teilweise auf beiden Seiten dazu instrumentalisiert wurde, die jeweiligen aktuellen politischen Ansprüche zu legitimieren, hat neue Fragestellungen aufgeworfen, neue Akzente gesetzt. Tabuthemen gibt es nicht mehr. Wir profitieren heute davon, dass die

Historikerinnen und Historiker beider Seiten seit rund 30 Jahren einen Dialog führen, der jetzt auch von politischer Einflussnahme frei ist. In dieser Zeit ist die gegenseitige Wertschätzung und das Verständnis für Sichtweisen der Partner gewachsen. Dies hat auch dazu beigetragen, manchmal vielleicht überraschende Perspektiven wechselseitiger positiver Beeinflussung bewusster zu machen.

Erleichtert wird dieser Prozess einer neuen Wahrnehmung auf beiden Seiten auch durch den Generationenwechsel, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Der Blick auf die Leistungen des Partners im Laufe vieler Jahrhunderte ist dadurch erheblich geschärft worden, aber auch der Blick auf dunklere und ganz düstere Kapitel der jeweils eigenen Seite gerade in der Konfliktgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. So wird in Deutschland trotz auch zu beobachtender Relativierungsversuche fast mit jedem Jahrzehnt die Frage härter gestellt, wie der Nationalsozialismus die von ihm ausgehende Vernichtungspolitik vor allem in Polen und anderen östlichen Nachbarländern hat durchführen können und weshalb diese Politik in der frühen Bundesrepublik so wenig thematisiert wurde.

In Polen hat spätestens Mitte der neunziger Jahre eine zuvor jahrzehntelang unterlassene Diskussion über die Umstände eingesetzt, unter denen die nach Millionen zählende deutsche Bevölkerung ihre angestammte Heimat in den heutigen polnischen West- und Nordgebieten nach Kriegsende verlassen hat. Diese Diskussion ist in Deutschland kaum wahrgenommen worden, obwohl die wichtigsten Beiträge zum Teil sogar in deutscher Übersetzung erschienen sind. Vergangenes Jahr wurde ferner der erste von vier Bänden polnischer Quellen zum Schicksal der Deutschen östlich von Oder und Neiße nach 1945 erst in polnischer, dann auch in deutscher Sprache veröffentlicht. Die 2001 erschienene Habilitationsschrift des Warschauer Historikers Jerzy Kochanowski über deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945 bis 1950 wurde mit einem Preis des Ministers für nationale Kultur und nationales Erbe ausgezeichnet.

Trotz dieser immer häufigeren positiven Signale einer veränderten Wahrnehmung behalten die bilateralen Beziehungen eine gewisse Ambivalenz, selbst im Bereich der Politik. So hat das dichte Netz von Beziehungen auf Regierungsebene im Vorwahlkampf zum Bundestag vor drei Jahren nicht den sogenannten "Krieg der Resolutionen" zwischen Bundestag und Sejm verhindert. Peinlich waren die durch mangelnde Professionalität und fehlendes Einfühlungsvermögen verursachten Auseinandersetzungen um den Umrechnungskurs der Entschädigungszahlungen für polnische Zwangsarbeiter. Diese sich über Wochen hinziehenden Auseinandersetzungen haben die Atmosphäre in den bilateralen Beziehungen getrübt und deutlich gemacht, wie dünn das Eis noch ist, auf dem wir uns bewegen.

Das deutsch-polnische Verhältnis kann nicht nur "von oben" gestaltet werden. Es braucht einen breiten gesellschaftlichen Unterbau. Solche Beziehungen müssen wachsen. Auch hier ist in den letzten Jahren viel geschehen. Vor allem im grenznahen Bereich - aber nicht nur dort - hat sich eine rege Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene entwickelt. Die Zahl der deutsch-polnischen Städtepartnerschaften soll der der deutsch-französischen nicht nachstehen. Ein dichter werdendes Netz deutsch-polnischer und in Polen polnisch-deutscher Gesellschaften ist entstanden. All das kann zu mehr Begegnungen zwischen den Menschen beitragen und gegenseitiges Verständnis und Vertrauen fördern. Gerade auch die Tätigkeit von Organisationen wie der Ihren, meine Damen und Herren, führt nicht nur zu Kontakten zwischen Kolleginnen und Kollegen, die sich über berufliche Fragen und Alltagsprobleme austauschen. Sie hilft auch, das Netz der transnationalen Beziehungen zu stärken und damit den staatlichen Beziehungen durch entsprechende Kontakte auf der gesellschaftlichen Ebene einen immer kräftigeren Unterbau zu verleihen. Die alte Bundesrepublik hat solche transnationalen Beziehungen über Jahrzehnte mit ihren westlichen Partnern aufbauen können. Unter den nach 1989 entstandenen Rahmenbedingungen ist es nun auch möglich, derartige, für das Verhältnis zwischen den Gesellschaften besonders wichtige Beziehungen mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten zu entwickeln.

Nach dem Muster des Deutsch-Französischen ist das Deutsch-Polnische Jugendwerk entstanden. Es hat allein im vergangenen Jahr die Begegnungen von 130.000 deutschen und polnischen Jugendlichen unterstützt. Solche Treffen müssen freilich gut vorbereitet sein, ja es sollte geradezu eine eigene Didaktik hierfür ausgearbeitet werden, damit nicht das Gegenteil des Intendierten erreicht wird. Ähnlich wie in der Einstellung zum Zweiten Weltkrieg sind auch in der Haltung gegenüber Polen in der deutschen Gesellschaft mehrere Generationenprofile zu beobachten. Bei heutigen deutschen Jugendlichen stellt sich nicht mehr in derselben Intensität die Betroffenheit über die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg ein wie bei der Nachkriegsgeneration. Sie sind in einer Bundesrepublik mit 50 Jahren demokratischer Tradition groß geworden. Ähnliches gilt auch für die polnische Seite. Dort möchten die Jugendlichen - wie vielfache Beobachtungen bei deutsch-polnischen Begegnungen zeigen - nicht primär als "Kinder von Opfern", sondern als normale Europäer gesehen und behandelt werden. Zwischen der Vermittlung der Vergangenheit - etwa Deutschen nahebringen, welche Bedeutung der Warschauer Aufstand im Bewusstsein der Polen besitzt - und den Perspektiven für die Zukunft die richtige Balance zu finden, ist eine Aufgabe, die noch zu bearbeiten ist.

Gerade bei Schülern und Jugendlichen können jedoch durch den eigenen Augenschein und persönliche Begegnungen die noch vielfach dominierenden negativen Stereotype über den Partner frühzeitig durchbrochen werden. Insbesondere in Deutschland ist - nicht bei den Eliten, aber in der breiten Bevölkerung - noch weithin ein völlig schiefes Polenbild verbreitet, das dringend einer Korrektur bedarf, nicht einer Schönfärbung, sondern einer Annäherung an die Wirklichkeit. Gut vorbereitete Jugendbegegnungen können dazu beitragen, frühzeitig ein zutreffendes Bild von den Nachbarn zu vermitteln.

Ein bemerkenswerter Perspektivwechsel hat sich in den letzten Jahren in den früheren deutschen Ostgebieten vor allem bei der jungen polnischen Generation vollzogen. Sie stellt nicht nur die Frage nach den Begleitumständen, unter denen die bisherige deutsche Bevölkerung diese Gebiete bei Kriegsende verließ, sondern auch danach, wie die Geschichte der Region, in der sie geboren wurde, sich tatsächlich gestaltet hat. Sie möchte sich deren authentische Vergangenheit, darunter vielfach auch die Jahrhunderte währende deutsch geprägte Geschichte, aneignen, um in ihrer Heimat wirklich zu Hause zu sein. In diesem Zusammenhang ist es in etlichen Fällen zu Begegnungen mit früheren deutschen Bewohnern der betreffenden Städte gekommen, was auf beiden Seiten das Verständnis füreinander gestärkt hat.

Ein schönes Beispiel heutiger Zusammenarbeit geben die deutschen und polnischen Kunsthistoriker und Denkmalpfleger. Vor über 30 Jahren begann ihre Kooperation auf dem eher apolitischen Gebiet der Denkmalpflege. In dem Maße, in dem die Untersuchung der deutsch-polnischen Beziehungen enttabuisiert und auch die Verschiebung von Grenzen in früherer und jüngerer Zeit thematisiert wurde, rückte in den Blick, dass sich im Laufe der Zeit viele Städte und Kunstschatze außerhalb der Grenzen derjenigen Staaten befanden, innerhalb derer sie entstanden waren, und auch, dass es bi- und multikulturelle Gebiete gibt, deren Baudenkmäler und kunsthistorische Zeugnisse zu erforschen und zu erhalten zunehmend als Aufgabe eines "gemeinsamen Kulturerbes" betrachtet wird. Solche Gebiete liegen im Übrigen nicht nur östlich von Oder und Neiße, sondern auch in der "Germania Slavica", dem Gebiet zwischen Elbe und Oder. Unter dem Titel "Das gemeinsame Kulturerbe" haben polnische und deutsche Kunsthistoriker und Denkmalpfleger in diesem Frühjahr in einem Bildband und in einer Ausstellung die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit aus 30 Jahren vorgestellt, erst in Warschau und dann mit großem Erfolg auch in Berlin und anderen deutschen Städten. Ein solches Herangehen erfordert von den Betroffenen zunächst Mut, Verständnis für Probleme der anderen Seite und gegenseitiges Vertrauen. Im Ergebnis kann in beiden Gesellschaften das Bewusstsein eines gemeinsamen Kulturerbes verankert werden, können aber auch bei den

östlichen Nachbarn Polens Maßstäbe für den Umgang mit dem Kulturerbe in den Gebieten geweckt werden, die ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg zugefallen sind und die im Laufe von Jahrhunderten auch von mehr als nur einer Nation geprägt worden sind, darunter auch der polnischen.

Die heute zwischen Deutschland und Polen bestehenden Probleme lassen sich im Wesentlichen in zwei Gruppen einteilen. Die einen sind immer noch Folgeprobleme des Zweiten Weltkriegs. So klammert der erwähnte Nachbarschaftsvertrag von 1991 Fragen der Staatsangehörigkeit und Vermögensprobleme ausdrücklich aus. Hinter letzteren verbergen sich mögliche Restitutionsansprüche früherer deutscher Eigentümer auf ihr in den ehemaligen deutschen Gebieten zurückgelassenes Eigentum. Diese Probleme sollten vor dem polnischen EU-Beitritt eindeutig gelöst sein, um nicht die EU mit bilateralen deutsch-polnischen Auseinandersetzungen zu belasten. Zu klären sind auch noch Fragen der Rückgabe von Kulturgütern, die sich heute kriegsbedingt nicht an ihrem früheren Aufbewahrungsort befinden. Ein besonders trauriges Kapitel betrifft die ebenfalls schon angesprochene finanzielle Entschädigung von Zwangsarbeitern. Auf der politischen Ebene ist dieses Kapitel hoffentlich bald abgeschlossen. Das Unrecht und das Leid, das Millionen Menschen angetan wurde, kann materiell jedoch nicht aufgewogen werden. Hier ist es Aufgabe der Historiker, die Schattenseiten der Geschichte nicht zu schönen oder zu verschweigen, sondern lückenlos aufzuklären. Nur wenn wir ehrlich mit der Vergangenheit umgehen, gewinnen wir einen Ausgangspunkt für eine echte Verständigung auch zwischen unseren Völkern.

Die zweite, zahlenmäßig immer größere Gruppe von Problemen ist zu einem großen Teil mit der künftigen EU-Integration Polens verknüpft und damit nicht mehr nur bilateral, sondern in erster Linie im EU-Maßstab zu lösen. Damit wird deutlich, dass Deutsche und Polen kaum zu einer wie auch immer gearteten "Normalität" zurückkehren können. Vor ihnen liegen gemeinsame Aufgaben in NATO und EU, Formen und Inhalte der Zusammenarbeit in Rahmenbedingungen, wie es sie bisher nicht gegeben hat. Das ist eine Chance, die aber nicht automatisch zum Erfolg führt. Die seit 1989 gegebenen Möglichkeiten für beide Gesellschaften, einander besser kennenzulernen und gemeinsame Ziele im bilateralen, im europäischen und im weltweiten Rahmen anzugehen, eröffnen Deutschen und Polen die Perspektive, ein wirklich neues Kapitel in ihrer Geschichte aufzuschlagen. Viel bleibt dafür noch zu tun. Aber mir scheint, wir sind auf einem guten Wege.